

Gerhard Ahnen: Kandidatur zum stellvertretenden Landesvorsitzenden oder zum Beisitzer in der Partei *DIE LINKE*, Landesverband Rheinland-Pfalz

Zu meiner Person

Geboren am 21. Oktober 1947 in Kaiserslautern; nicht verheiratet. Wohnhaft in Frankenthal, jedoch Mitglied im Kreisverband Ludwigshafen - Rhein-Pfalz-Kreis

Hochschulabschluss (1. + 2. Staatsexamen für das Lehramt an Realschulen; Studium: Evangelische Theologie, Politik, Soziologie, Pädagogik in Saarbrücken, Heidelberg, München und Mainz).

1975 - 1981 im Schuldienst als Realschullehrer für evangelische Religion und Sozialkunde. Danach Tätigkeiten als Referent in der Friedensbewegung (5 Jahre), als Mitarbeiter der Grünen im Bundestag (1986 – 1990), als sozialpädagogischer Betreuer (2 Jahre), als Taxifahrer (1995 - 2000) und als Bildungsreferent für Ökologie, Politik und Kultur (2001 - 2004) im gemeinnützigen Verein „Buntspecht e.V.“.

Ab 1994 Zusatzausbildungen zum Ökopädagogen, zum Enneagrammlehrer, zum Hypnosetherapeuten und zur Zeit zum Heilenergetiker.

Seit 2006 mit 1½-jähriger krankheitsbedingter Unterbrechung (Depressionen) freiberufliche Tätigkeit als Enneagrammlehrer und psychologischer Berater. Diese Tätigkeit macht mir unendlich viel Freude, und ich werde sie deshalb auch weit über den 1.12.2012 hinaus trotz Erreichens des Rentenalters fortsetzen.

Seit 2011 ehrenamtlich engagiert als BGE-Aktivist (**BGE = Bedingungsloses Grundeinkommen für alle**).

Begründung für meine Kandidatur als stellvertreter Landesvorsitzender oder als Beisitzer

⁶
Es gibt drei gleichrangige Motive für meine Kandidatur:

1. Verankerung des „Bedingungslosen Grundeinkommens BGE für alle“ im Programm der *LINKE*, sowohl in Rheinland-Pfalz als auch auf Bundesebene

Das „Bedingungslose Grundeinkommen für alle“ muss ein originäres Anliegen einer linken Partei aus ihrem Selbstverständnis als dem demokratischen Sozialismus verpflichtet werden. Nur dann, wenn alle Menschen dieser Gesellschaft ein gesichertes Einkommen haben, das ihnen die Möglichkeit gibt, zwar bescheiden, aber in Würde zu leben, ist eine erste Voraussetzung für eine solidarische, humane Gesellschaft erfüllt.

Mir ist bekannt, dass innerhalb der Linken die Haltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen nicht einheitlich ist. Das führe ich auf eine Unkenntnis dieses Konzepts oder auf eine Fehleinschätzung der gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen nach Einführung des BGE zurück.

Auf gar keinen Fall will ich jemanden über den Tisch ziehen oder wider deren besseres Wissen auf dieses Konzept verpflichten. Vielmehr möchte ich als Vorstandsmitglied Schulungen und Diskussionen organisieren zum Nutzen der Partei. Denn diejenige von den kleineren Partei, die das BGE zum zentralen Anliegen ihrer Öffentlichkeitsarbeit macht, wird bei Wahlen einen 10%-Sprung machen.

2. Der rheinland-pfälzische Landesverband der *LINKE*: ist kein Privateigentum von KarrieristInnen!

Seit meinem Eintritt in die Partei *DIE LINKE*, muss ich mit ansehen, wie die Gruppe um einen bestimmten Bundestagsabgeordneten mit denkbar schändlichen Methoden versucht, dessen Wiedereinzug in den Bundestag zu erzwingen, und wie dabei missliebige Personen ausgegrenzt, diffamiert, gemobbt und verleumdet werden. Ich muss mit ansehen, wie - zum Teil weitgehend unpolitische - junge Menschen als Stimmvieh instrumentalisiert und missbraucht werden und durch bewusste Fehlinformationen gegen integrale MitbewerberInnen aufgebracht werden. Mein Versprechen lautet, dass ich im Falle meiner Wahl in den Landesvorstand mit aller Entschiedenheit dazu beitragen werde, diesem Spuk ein schnelles Ende zu bereiten, damit die Drahtzieher und ihre Gefolgschaft in dieser Partei keinen Fuß mehr auf den Boden kriegen. Dies werde ich allerdings auch im Falle meiner Nichtwahl tun.

Ausdrücklich möchte ich jedoch zusichern, dass ich im Falle, dass diese Kampagnen eingestellt werden und jemand Einsicht zeigt, sich ehrlich entschuldigt und dem auch Taten folgen lässt, ich mich für die Reintegration einer solchen Person einsetzen werde. Allerdings muss sie sich dann als BewerberIn erst mal wieder hinten anstellen.

Unbedingt einen Riegel verschieben möchte ich auch dem unsäglichen Kreisverbands-Hopping zur kurzfristigen Beschaffung von Mehrheiten.

3. Konfliktlösung, Interessenausgleich, solidarisch-wertschätzende Umgangsformen innerhalb der *Linken*.

Die Turbulenzen innerhalb des Landesverbandes und das gezielte Säen von Zwietracht haben zu zahlreichen zwischenmenschlichen Verwerfungen geführt. Nach Beendigung des besagten Spuks möchte ich dort, wo solche Verwerfungen entstanden sind, mit Einverständnis und unter Mithilfe der Beteiligten Ursachenforschung betreiben und zu einer Beilegung solcher Konflikte mein Möglichstes beitragen. Als Beispiel denke ich dabei an den Rhein-Hunsrück-Kreis, ursprünglich einer der aktivsten und stabilsten Kreisverbände.

politische Vita

ursprünglich reaktionär-angepasst: noch 1966 als 19-Jähriger Befürworter des Vietnam-Kriegs

1968 politisches Schlüssel-Erlebnis im „Heidelberger Winter“ (massives Vorgehen der Staatsgewalt gegen friedlich demonstrierende StudentInnen)

1969	Wähler der SPD
1971 - 1979	Wähler von linken Splittergruppen
1977	Eintritt in die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), bis heute dort Mitglied
1977 - 1983	bewegungs-orientiert (Friedensbewegung, Solidarität mit der 3. Welt, Ökologiebewegung)
1979	erstmalig Wähler der Grünen
1981	Eintritt bei den Grünen, aber richtig aktiv erst ab Kommunalwahlkampf 1984
1984	Wahl in den Bundeshauptausschuss
ab 1985	Annäherung an die Fundis. Bis heute andauernde Freundschaft mit Rainer Trampert
1983 - 1988	volle Identifikation mit den Grünen, danach Kampf gegen den wachsenden Anpassungskurs
ab 1.1.1986	hauptberuflich Regionalbeauftragter der Grünen im Bundestag
1988 - 1990	im Betriebsrat der Bundestagsfraktion der Grünen
1987 und 1990	Direktkandidat der Grünen im Wahlkreis Frankenthal für die jeweilige Bundestags-Wahl
1990	Platz 4 auf der Landesliste der Grünen Rheinlad-Pfalz zur Bundestags-Wahl
1991	Austritt aus den Grünen und Mitbegründer der Ökologischen Linken um Jutta Ditfurth
1991 bis heute	konsequenter Wähler zunächst der PDS, dann der LINKEN
1992	Rückzug aus der Parteipolitik
1995	vorübergehender Wiedereintritt auf Bitten der Linken in Grünen als passives Mitglied
2001	erneuter Austritt aus den Grünen
1.9.2009	Eintritt in die LINKE (um ein Zeichen zu setzen, ganz bewusst am Anti-Kriegstag!)

politische Positionierung

- Vision einer humanen, solidarischen, konkurrenzfreien und herrschaftsfreien Gesellschaft
- Die persönliche Integrität eines Menschen ist mir genauso wichtig wie dessen politische Überzeugung.
- Primat der Ökologie und der gleichmäßigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Es ist notwendig, dass diejenigen, die mit ihrer konkreten Arbeit das Leben aller erst ermöglichen, annähernd gleich bezahlt werden wie diejenigen, die mit Konsum, Bürokratie und Verwaltung beschäftigt sind.
- fairer und gerechter Austausch von Arbeitsprodukten
- Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und des Banken- und Versicherungswesens
- Begrenzung des Privateigentums sowohl an Produktions- als auch an Konsumtionsmitteln
- Notwendigkeit einer völligen Neuordnung und -definition von Arbeit und Eigentum
- Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Plans zur gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und zur Beendigung des Ressourcenverschleißes
- Abschaffung des **Börsenwesens, das überwiegend von Spielsüchtigen betrieben wird**. Rückkehr zu einem unmittelbarerem Austausch von Arbeitsprodukten. Beispiel Tauschringe.
- Auflösung der Finanzmärkte auch im Interesse der Betreiber
- Umkehrung des schleichenden Umverteilungsprozesses, der mit der Einführung des Euro einen neuen Schub bekam
- Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens für alle, finanzierbar durch eine radikale Vereinfachung des Steuersystems
- völlige Neudefinition, Umgestaltung und Umbenennung der Bundeswehr: Entmilitarisierung und vollständiger Verzicht auf Waffen; Einsatz der Bundeswehr ausschließlich für zivile und humanitäre Zwecke sowie bei der Bewältigung von Katastrophen.

Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden kandidiere ich nur dann, wenn Günter Hoetzel seine Unterschrift unter die Aufforderung an Alexander Ulrich, für den Parteivorsitz zu kandidieren, nicht zurückzieht, und sich selbst als stellvertretender Landesvorsitzender bewirbt.